

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Recycling-Stationen in Bremen

Recycling als Prozess der Umwandlung von Abfall in einen Sekundärrohstoff gründet sich in Deutschland auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und hat einen hohen technischen Standard erreicht, wobei großtechnisch heute überwiegend mechanische oder biologische Verfahren verwendet werden. Zwar ist jeder Bundesbürger aufgefordert, seinen Müll bereits beim Wegwerfen zu sortieren, gleichwohl wird je nach der Abfallpolitik und den vorhandenen Wiederverwertungen die Auftrennung regional unterschiedlich durchgeführt. Um beim Sammeln von Müll, betriebsintern oder in Form überregionaler Sammelsysteme, den Sortieraufwand zu reduzieren, ist es nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz Pflicht, den hierfür notwendigen Arbeitsaufwand durch Vorsortierung zu reduzieren. Zentrale Anlaufstellen für alle diesbezüglich relevanten Fragen sind die sogenannten Recycling-Stationen.

Die 14 Recycling-Stationen in Bremen sind abfallwirtschaftlich sinnvolle und anerkannte Entsorgungseinrichtungen. Da es sich zweifelsohne um Institutionen handelt, die den Gebührenhaushalt nachhaltig beeinflussen, ist es um so erfreulicher, dass sie von den Bürgern und Bürgerinnen inzwischen akzeptiert werden und einen großen Dienst zur fachgerechten Entsorgung und zur Wiederverwertung entsorgter Stoffe leisten. Gleichzeitig fehlen aber vielen Bürgern Kenntnisse darüber, welche Akteure beim Prozess des Recyclings in welcher Funktion auftreten.

Auffallend ist, dass in Bremen eine Unausgewogenheit hinsichtlich der bestehenden Standorte konstatiert werden kann. Dies wirft insbesondere die Frage auf, ob Veränderungen in der räumlichen Anordnung der Recycling-Stationen Optimierungspotenziale freilegen könnten, wenn dadurch mehr Menschen animiert würden, ihre Abfälle an für sie leicht zu erreichenden Recycling-Stationen abzugeben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Recycling-Stationen werden gegenwärtig von welchen Firmen oder Gesellschaften betrieben?
2. Wie gestaltet sich nach Kenntnis des Senats die Vertragssituation mit den jeweiligen Betreibern der Recycling-Stationen? Mit wem bestehen Verträge, seit wann bestehen diese, und zu welchen Zeitpunkten laufen diese aus?
3. Wie stellt sich die Kostenstruktur der bremischen Recycling-Stationen im Einzelnen dar?
4. Partizipiert Bremen an den deutlich gestiegenen Verwertungserlösen? Wenn ja, in welcher Höhe, und wie stellt sich dies im Vergleich zu den vergangenen Jahren dar?
5. Gibt es turnusmäßige Ausschreibungen und/oder wurden alternative Angebote seitens der zuständigen Behörde eingeholt? Wenn ja, in welchen Zeiträumen und von wem?
6. Wie hoch ist nach Informationen des Senats der Anteil der niedersächsischen Anlieferer an den Recycling-Stationen in Farge, am Weserpark und den anderen bremischen Standorten?

7. Wie werden die niedersächsischen Anlieferer erfasst, die nicht innerhalb des Bremer Gebührensystems ihren Beitrag leisten? Ist sichergestellt, dass sie einen der in Niedersachsen üblichen Gebühr entsprechenden Betrag für die ihnen gewährte Dienstleistung entrichten? Wenn nicht, was gedenkt der Senat diesbezüglich zu tun?
8. Plant der Senat die Vornahme einer Standortoptimierung, um eine bessere Erreichbarkeit für möglichst viele Bremer dauerhaft zu gewährleisten?
9. Warum werden gegenwärtig zwei Stationen in Huchting betrieben?

Frank Imhoff, Dieter Focke,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU